SO LEBEN WIR

in Oberösterreich

www.jbi.or.at

IMPRESSUM:
Offenlegung gem. §25 Mediengesetz.
Medieninhaber:
Marie Jahoda – Otto Bauer Institut
Verein zur Förderung des Dialogs von Wissenschaft und Politik
Landstraße 36/2
A-4020 Linz

Telefon: +43 (0)5 / 77 26 11-31
mail: office@jbi.or.at
Web: www.jbi.or.at

VORWORT

Das Marie Jahoda – Otto Bauer Institut arbeitet als Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher Forschung und politischer Praxis. Denn um die Zukunft gestalten zu können ist es notwendig, sich mit der Gegenwart und den notwendigen Voraussetzung für ein gelungenes Zusammenleben auseinander zu setzen. Das gilt im Großen genauso wie im Kleinen. Unsere aktuelle Analyse bezieht sich auf das Bundesland Oberösterreich. Unter dem Titel „So leben wir in Oberösterreich" haben wir dazu **die wichtigsten Kennzahlen, Daten und Fakten in den Bereichen Arbeit, Bildung und Gleichberechtigung** zusammengefasst. Die Grundlage für diese Erhebung bilden Studien des Arbeitsmarktservices, der Arbeiterkammer, dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger und der Statistik Austria.

Hinter allen diesen Zahlen, Daten und Fakten verbergen sich Lebensgeschichten. Die Geschichten von Menschen in Oberösterreich, die ihre Wünsche und Träume von einem erfüllten Leben umsetzen möchten. Das ist nicht immer so einfach, denn wenn 51.438 Menschen keine Arbeit finden, wenn nur 3,6 Prozent der Kinder eine Betreuungsmöglichkeit zur Verfügung steht, die den VIF-Kriterien entspricht und Frauen in Oberösterreich am zweitwenigsten verdienen, so geht es dabei um einzelne Menschen, die nicht jene Chancen und Möglichkeiten haben die wir als Gesellschaft aber allen garantieren sollten.

Politik bedeutet, diese Fakten ernst zu nehmen und daraus die richtigen Ableitungen zu treffen, damit sich unser Leben und unsere Gesellschaft hin zu einer freien, gleichen, gerechten und solidarischen Welt entwickelnt. Diesen Prozess, der Verbindung von wissenschaftlicher Analyse und Umsetzung in der Politik unterstützen wir mit unserer Arbeit und den vorliegenden Daten. Für weitere Rückfragen und Analysen stehen wir gerne zur Verfügung.

Dr. Georg Hubmann
Marie Jahoda – Otto Bauer Institut

Wusstest du, dass ...

... die reichsten **5 % der Bevölkerung gut die Hälfte** des gesamten Vermögens besitzen? *Seite 06*

... die reichsten Haushalte **siebenmal wahrscheinlicher** erben als die untere Hälfte? *Seite 07*

... in Oberösterreich 2016 rund **50.000 Menschen ohne Job** waren? *Seite 08*

... sich die Anzahl der **arbeitslosen Jugendlichen** seit 2014 wieder **sinkt**? *Seite 09*

... nur 2 Prozent der Schulen in Oberösterreich **ganztägigen, verschränkten Unterricht** anbieten? *Seite 10*

... in der AHS Unterstufe **nur ein Drittel der Kinder Eltern mit Lehrabschluss** hat? *Seite 11*

... ein **Viertel der Bevölkerung** mehr als die **Hälfte des Einkommens für die Miete** ausgibt? *Seite 12*

... die **Aktion 5x5 Junges Wohnen** in vielen Gemeinden umgesetzt wurde? *Seite 13*

... nur **3,6 Prozent** der Unter-Dreijährigen **einen Kindergartenplatz haben**, der den VIF Kriterien entspricht? *Seite 14*

... in Oberösterreich **Horte eine Woche länger geschlossen haben** als im Österreich Durchschnitt? *Seite 15*

... sich die Krankenstandstage aufgrund psychischer Belastung seit 2005 **mehr als verdoppelt haben**? *Seite 16*

... der **höchste Einkommensunterschied** zwischen Männern und Frauen in Oberösterreich besteht? *Seite 17*

... Oberösterreich die **niedrigste Vollzeitquote bei Frauen** hat? ..... *Seite 18*

... **mehr als die Hälfte** aller Frauen bereits **Opfer sexueller Belästigung** wurden? ..... *Seite 19*

... die **Mindestsicherung nur 0.8 % des Sozialbudgets** in Oberösterreich ausmacht? ..... *Seite 20*

... **jeder dritte Zuwanderer** aus Drittstaaten im **Niedriglohnsektor** arbeiten muss? ..... *Seite 21*

... dass das zweite verpflichtende Kindergartenjahr ein **entscheidender Faktor für gelungene Integration** ist? ..... *Seite 22*

... selbst **bei gleicher Qualifikation** Menschen aus anderen Länder **schlechtere Chancen** am Arbeitsmarkt haben? ..... *Seite 23*

... Oberösterreich **den zweithöchsten Anteil am BIP** beiträgt, pro Kopf aber nur an fünfter Stelle der Bundesländer liegt? ..... *Seite 24*

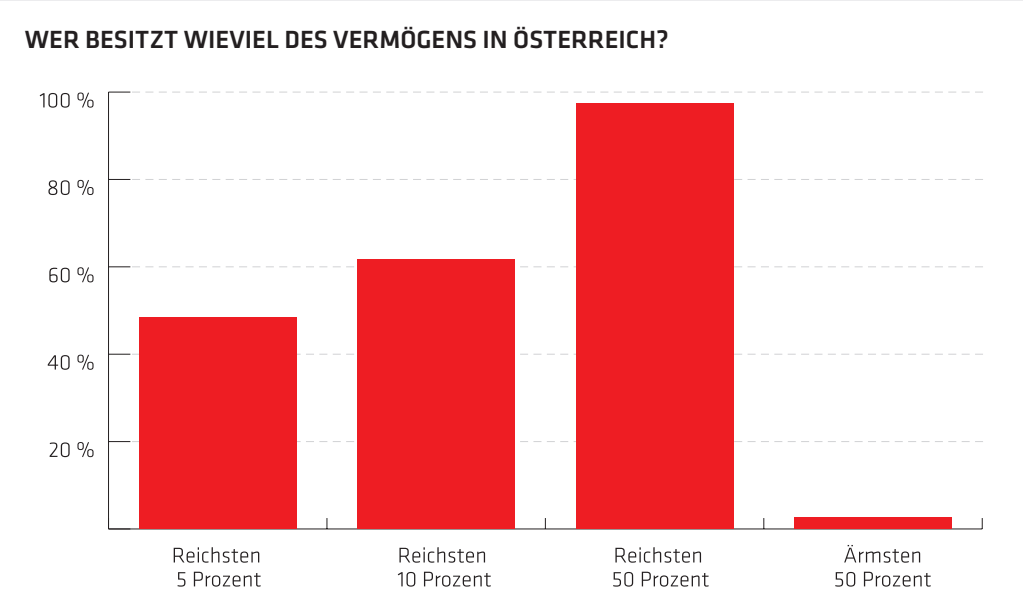
... **unser Pensionssystem die Pensionen sichert**, während viele Privatpensionen Verluste schreiben? ..... *Seite 25*

... die **Einführung von Mindestlöhnen** die Wirtschaft ankurbelt? ..... *Seite 26*

... **Besserverdiener anteilig gleich viel Steuern zahlen** als NiedrigverdienerInnen? ..... *Seite 27*

... die **Umstellung auf erneuerbare Energie** bis zu 45.000 neue Arbeitsplätze schafft? ..... *Seite 28*

Gleichheit ist Glück!



Die reichsten 5 Prozent besitzen mehr als die Hälfte des Vermögens in Österreich.

Der größte Profiteur einer gerechten Verteilung ist die Gesellschaft selbst. Soziale Spannungen, die Lebenserwartung, Gesundheit, Bildung, Geburtenrate, Verbrechensrate und vieles mehr stehen in einem direkten Zusammenhang zur Verteilung von Vermögen. Klar ist, je gerechter Vermögen und Einkommen verteilt sind, umso glücklicher ist unsere Gesellschaft. Setzt man diese Erkenntnisse von Wilkinson und Pickett („The Spirit Level") in Verbindung mit den Kernaussagen des Buchs von Thomas Piketty („Capital in the 21st century"), zeigt sich, dass die aktuellen Entwicklungen weiter in Richtung Ungleichheit und damit Unglück gehen.

Große Vermögen wachsen absolut und relativ schneller als kleine Vermögen. Dadurch gewinnt die bereits ungerechte Verteilung von Erbschaften und Vermögen noch weiter an Bedeutung, die bestehende Ungleichverteilung wird noch weiter einzementiert.

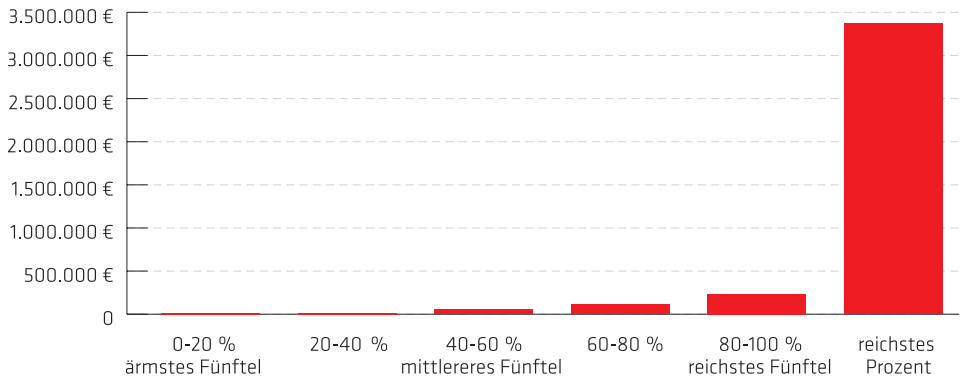
Der Gegensatz zwischen Arm und Reich zeigt sich nicht nur im Vergleich der Ärmsten mit den Reichsten. Die Zahlen zeigen, dass der Besitz nicht annähernd gleichmäßig verteilt ist: Alleine die Reichsten 10 Prozent haben über 60 Prozent des Gesamtvermögens.

Erben ist keine Leistung

Mit allen Mitteln versuchen Lobbygruppen für Vermögende (IV, WKO, ÖVP), Millionärs- und Erbschaftssteuern zu diffamieren. Sie benutzen Argumente wie „leistungsfeindlich“ und „doppelte Besteuerung“. Die Argumente sind falsch: ErbInnen tragen selbst nichts zum Erbe bei, daher leisten sie auch nichts. Der Punkt mit der doppelten Besteuerung ist ebenfalls nicht richtig, da die Erbschaftssteuer von den ErbInnen zu begleichen wäre, und die somit zum ersten Mal ihr geerbtes Vermögen besteuern müssten.

Derzeit werden jährlich geschätzt 10 bis 15 Milliarden Euro übertragen, bis zum Jahr 2040 ist mit einer Verdoppelung zu rechnen. Die aktuelle Forschung zum Vermögen zeigt auch, wie ungleich potentielle Erbschaften verteilt sind: Mit einer Wahrscheinlichkeit von 73,4 Prozent erbt man im obersten Prozent 3.373.108 €, das ärmste Fünftel (!) mit einer Wahrscheinlichkeit von 9,6 Prozent nur 14.072 €.

MITTLERES ERBE NACH VERMÖGENSGRUPPE



Nur ein Drittel aller Haushalte hat schon einmal geerbt. Sie besitzen 62 % des Vermögens.

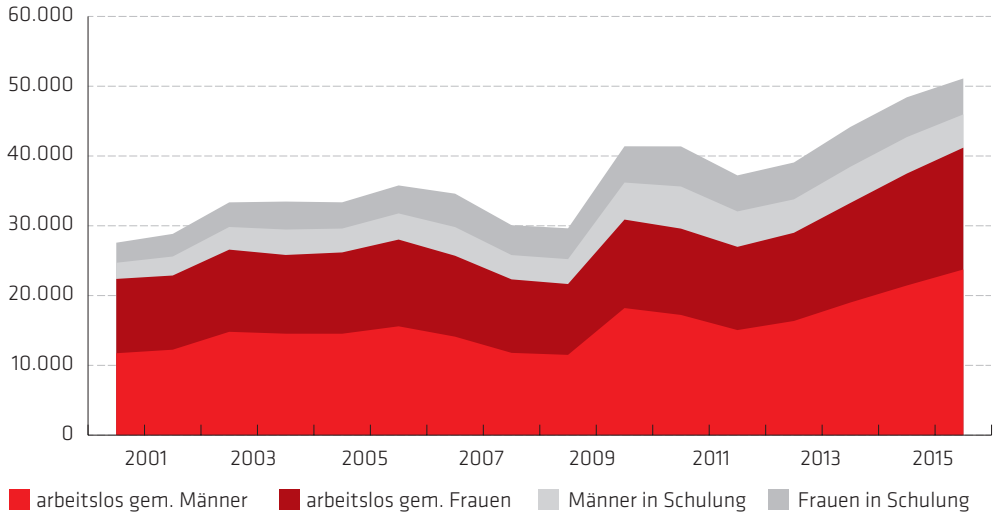
Übrigens: Die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung definiert Erben nicht als Leistung. Im Zuge der „HFCS Austria Studie“ der Europäischen Zentralbank aus 2010 stimmt eine deutliche Mehrheit der Aussage „Reich wird man übers Erben“ zu.

Unser Ziel ist Vollbeschäftigung

2016 waren in Oberösterreich 51.438 Menschen entweder arbeitslos gemeldet (41.716) oder in Schulung (9.722). Damit hat sich die Anzahl an Menschen ohne Beschäftigung seit dem Jahr 2000 um ca. 85 Prozent erhöht. Eine ausgewogenere Verteilung von Arbeit und Arbeitszeit ermöglicht eine beträchtliche Senkung der Arbeitslosigkeit. Notwendig ist eine Reduktion der (Voll-)Arbeitszeit ohne Arbeitsverdichtung. Neben mehr Beschäftigung bringt das auch eine Verbesserung der Lebensbedingungen. Es braucht umfassende Investitionsprogramme zur Ankurbelung der Konjunktur und zur Schaffung von Beschäftigung. Der Schwerpunkt sollte hierbei auf Investitionen zum Ausbau der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur (Kinder, Pflege) gelegt werden. Mit einer Vermögenssteuer oder Erbschaftssteuer kann das finanziert werden.

Viele dieser Schritte sind im Plan A des Bundeskanzlers enthalten, manche davon auch schon umgesetzt wie die Aktion 20.000 zur Senkung der Arbeitslosigkeit bei den über 50-Jährigen und die Investitionsprämie. Ziel des Plan A ist es 200.000 neue Jobs zu schaffen. Dazu muss man langfristig über eine allgemeine Reduktion der Arbeitszeit nachdenken. Weitere Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sind massive öffentliche Investitionen in den Energiesektor, Wohnbau und in soziale Dienstleistungen.

ARBEITSLOSIGKEIT IN OBERÖSTERREICH

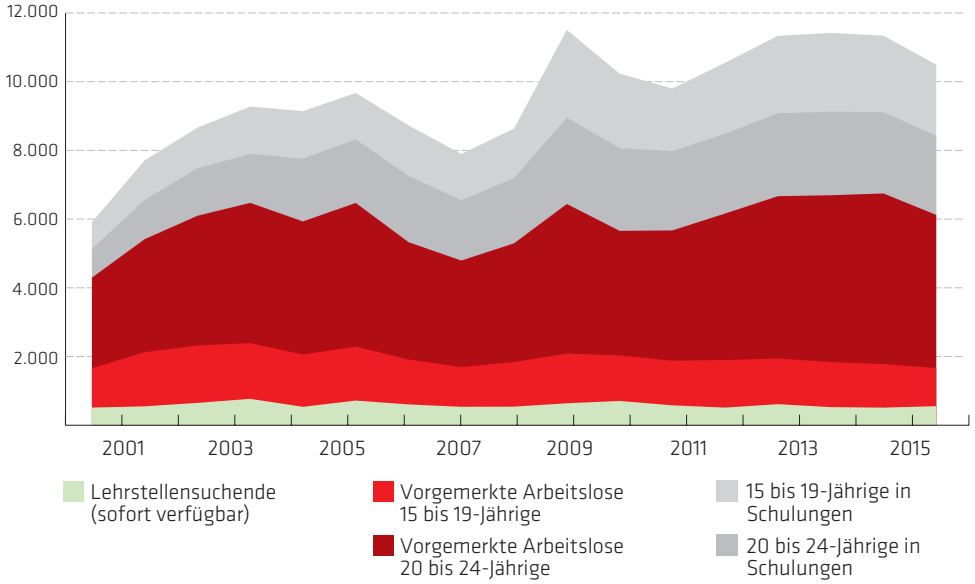


Die Arbeitslosigkeit sinkt, aber nicht für über 50-Jährige. Darum ist die Aktion 20.000 so wichtig.

Zukunft für die Jugend

In Oberösterreich waren 2016 10.496 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren entweder arbeitslos gemeldet (5.567), in Schulung (4.374) oder auf der Suche nach einer Lehrstelle (555). Damit hat sich die Zahl der Jugendlichen ohne Beschäftigung seit dem Jahr 2000 um ca. 78 Prozent erhöht. Beachtenswert ist jedoch, dass der Wert seit 2014 wieder sinkt – etwa zwischen 2015 und 2016 um 7,4 Prozent.

JUGENDLICHE OHNE BESCHÄFTIGUNG IN OÖ (15 BIS 24-JÄHRIGE)



Der Jugend eine Chance geben, heißt die Ausbildungsgarantie bis 25 Jahre zu verlängern.

Bildungspolitik verbessert die Arbeitsmarktsituation von benachteiligten Gruppen. Präventiv gilt es im Schulsystem anzusetzen. Verschränkte Ganztagsschulen können hierfür einen wesentlichen Beitrag leisten, indem die zusätzlichen zeitlichen Ressourcen für individuelle Förderung genutzt werden. Damit soll nicht mehr Herkunft darüber entscheiden welche Berufschancen junge Menschen haben.
Aktive Arbeitsmarktpolitik zielgruppenspezifisch weiterentwickeln: Die Ausbildungsgarantie sollte bis zum Alter von 25 Jahren ausgedehnt werden, da rund 2/3 der arbeitslosen Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren alt sind. Es braucht mehr finanzielle Mittel für das AMS um eine qualitative Betreuung und Beratung von den jungen Menschen zu gewährleisten, die am stärksten betroffen sind.

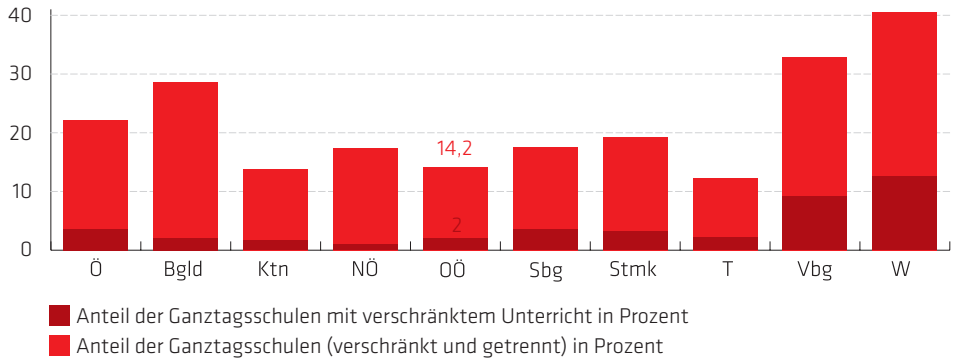
Zu wenig ganztägige Schulformen in OÖ

Bundesweit liegt die Ganztagsschulquote bei 22 Prozent. In Oberösterreich hingegen bieten nur 15 Prozent aller AHS-Unterstufen oder Pflichtschulen eine Form der Ganztagsschule an. Die verschränkte Form der Ganztagsschule, wo sich über den Tag verteilt Unterrichts- und Freizeiteinheiten abwechseln, bieten gar nur zwei Prozent aller AHS-Unterstufen und Pflichtschulen in Oberösterreich an. Diese Ergebnisse liegen aber nicht an den Kosten von Ganztagsschulen, denn Oberösterreich wurden vom Bund zwischen 2011 und 2014 37,1 Mio. Euro für den Ausbau der Ganztagsschulen zur Verfügung gestellt. Davon wurden aber nur knapp über 60 Prozent genutzt, womit Oberösterreich gemeinsam mit Salzburg bundesweit das Schlusslicht darstellt.

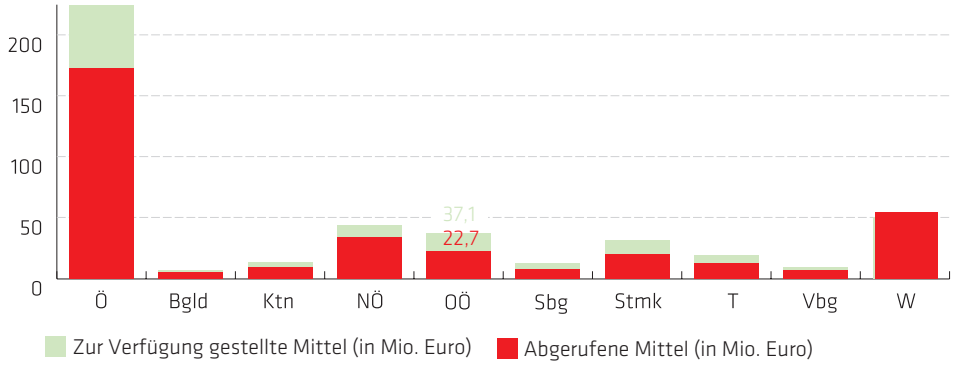
Ganztagsschulen sind nicht nur für die Kinder ein wichtiges Bildungsangebot, sondern auch für berufstätige Eltern eine wichtige Stütze zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insgesamt sind sie das verlässlichste Mittel, um Chancengerechtigkeit für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft herzustellen.

Der Anteil an Ganztagesschulen mit verschränktem Unterricht liegt in OÖ bei 2 Prozent.

ANTEIL DER GANZTAGSSCHULEN AN AHS-UNTERSTUFEN UND PFLICHTSCHULEN



VERWENDUNG DER VERFÜGBAREN MITTEL



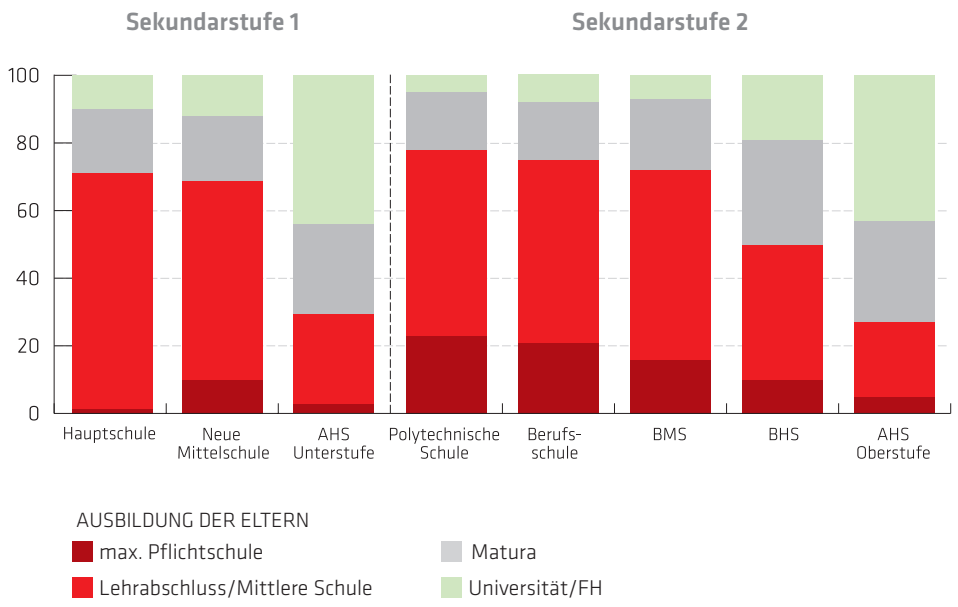
Bildungschancen werden vererbt

In Österreich werden die Bildungswege von Kindern und Jugendlichen stark vom Bildungsgrad der Eltern bestimmt. Klar wird das mit diesem Beispiel: SchülerInnen, deren Eltern eine FH oder Universität abgeschlossen haben, sind besonders stark in AHS-Unterstufen vertreten (44 Prozent). Demgegenüber stellen die Kinder von Eltern mit Lehrabschluss die Mehrheit in Hauptschulen (62 Prozent) oder Neuen Mittelschulen (58 Prozent). Einen Bildungsaufstieg zu schaffen, ist also schwierig.

Der Grund für diese Unterschiede liegt vor allem im Bildungssystem selbst, wo in der Schule oft zu wenig Zeit bleibt um Kinder mit mehr Förderbedarf entsprechend zu unterstützen. Wenn das zur Aufgabe der Eltern wird, ist klar, dass Kinder aus bildungsferneren Haushalten verglichen mit denen aus akademischem Elternhäusern einen Nachteil haben. Das reicht vom Helfen bei den Hausübungen bis hin zum Bezahlen von Nachhilfeunterricht.

Eine ganztägig geführte, verschränkte Schule schafft hier Abhilfe. Dort gibt es ausreichend Zeit und Lehrpersonal für die nötige individuelle Betreuung. Gerade in Oberösterreich gibt es hier noch einiges zu tun, weil das Angebot an Ganztagsschulen viel zu gering ist.

BILDUNGSHERKUNFT DER KINDER NACH SCHULFORMEN



Bildung wird vererbt. Die gemeinsame Schule der 6 bis 14 jährigen bringt mehr Gerechtigkeit.

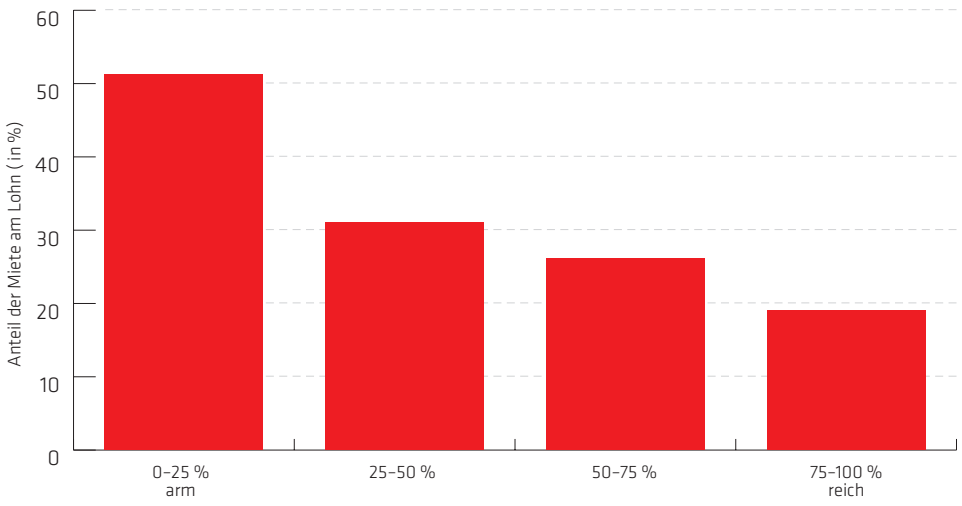
Wohnen wird immer teurer

2015 gab etwa 3,8 Millionen Privathaushalte in Österreich, bis 2020 steigt diese Zahl auf rund 4 Millionen. Es zeigt sich also, dass Wohnraum benötigt wird. Leider sind die die Preise für Wohnungen gestiegen.

Das liegt zum einen am politischen Umgang mit den Mitteln aus der Wohnbauförderung aber auch an den Lücken im Mietrechtsgesetz. Ausreichendes Angebot an Wohnungen und der Schutz der MieterInnen sind die zentralen Standbeine für die Absicherung des Grundbedürfnisses Wohnen. Nach einer aktuellen WIFO Studio können sich 11 bis 15 % keine angemessene Wohnung leisten. Um hier Abhilfe zu schaffen, braucht es zum einen künftig mehr Wohnraum sowie eine klare Obergrenze für Mieten und die Abschaffung der Maklerprovision für MieterInnen.

Fakt ist, dass es vor allem die niedrigeren Einkommensbereiche sind, die sich die hohen Miete kaum mehr leisten können: Wie die Grafik zeigt, gibt das unterste Einkommensviertel bereits mehr als die Hälfte nur für Wohnkosten aus.

BELASTUNG DURCH MIETE NACH EINKOMMENSVIERTEL:



Ein Viertel der Haushalte muss mehr als die Hälfte des Einkommens für die Miete aufwenden.

Erfolgsprojekt Junges Wohnen

Praktika, Teilzeitjobs, niedrige Einstiegsgehälter: Gerade junge Menschen am Beginn ihrer Berufskarriere verdienen meist weniger und müssen trotzdem teure Mieten zahlen. Deshalb brauchen viele Junge sogar mehr als die Hälfte ihres Einkommens allein für die Wohnkosten.

Mit dem 5x5 Modell, das bereits in einigen Gemeinden in Oberösterreich umgesetzt wurde, wird Wohnen wieder leistbarer.

„5X5 – JUNGES WOHNEN“ HEISST KONKRET:

- Eine fixe Miete von **5 Euro/m²** brutto inkl. Betriebskosten (ohne Heizung)
- Für einen Zeitraum **bis zu 5 Jahren**
- **Einmalige Inanspruchnahme** möglich
- Für Junge **zwischen 18 und 30** Jahren
- Wohnungsgröße **maximal 60 m²** plus weitere 10 m² pro zusätzlicher Person
- 5x5-Wohnung **muss Hauptwohnsitz** sein

WOHNUNGSSUCHENDE JUGENDLICHE

im Alter von 18-29 Jahren

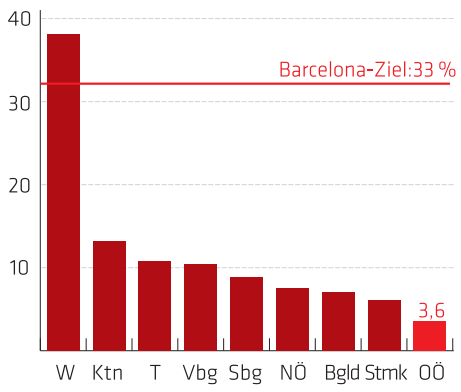
Fast 16.000 junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren suchen in Oberösterreich eine Wohnung.

Um eine 5x5-Wohnung in Anspruch nehmen zu können, müssen folgende Einkommensgrenzen eingehalten werden: maximal 1.400 Euro netto pro Monat für eine Person, bzw. 1.900 Euro netto für zwei Personen, zuzüglich 350 Euro für jede weitere Person oder Kind.

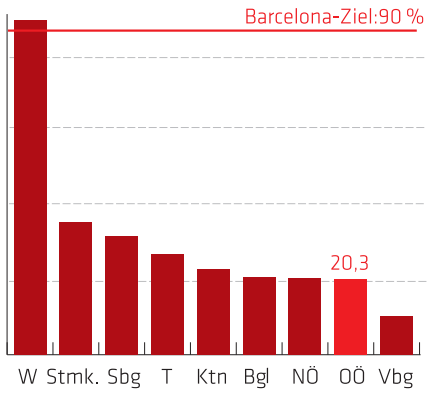
Mehr Kinderbetreuungs-angebote für OÖ!

Wer ausreichende Öffnungszeiten in der Kinderbetreuung will, muss sich am Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf (VIF) orientieren. Das bedeutet: mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Angebot für ein Mittagessen und maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen.

UNTER DREIJÄHRIGE IN VIF-KONFORMER BETREUUNG
(IN PROZENT)



DREI- BIS SECHSJÄHRIGE IN VIF-KONFORMER BETREUUNG
(IN PROZENT)

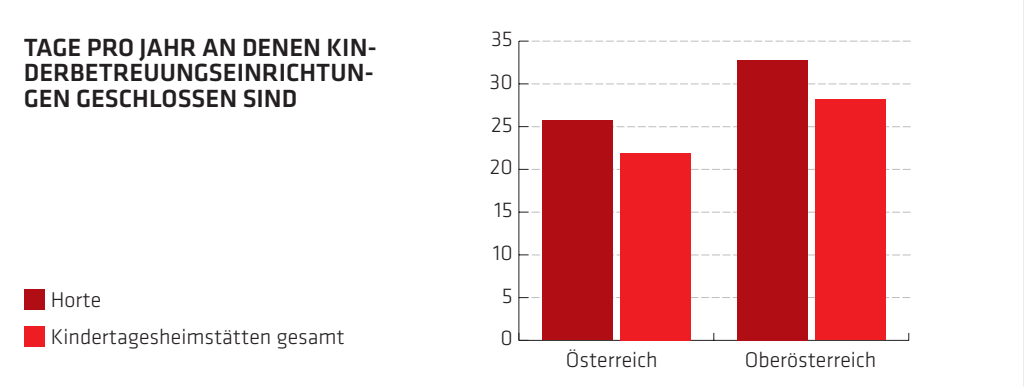


Bei den Betreuungsangeboten für unter 6-jährige hat Oberösterreich großen Aufholbedarf!

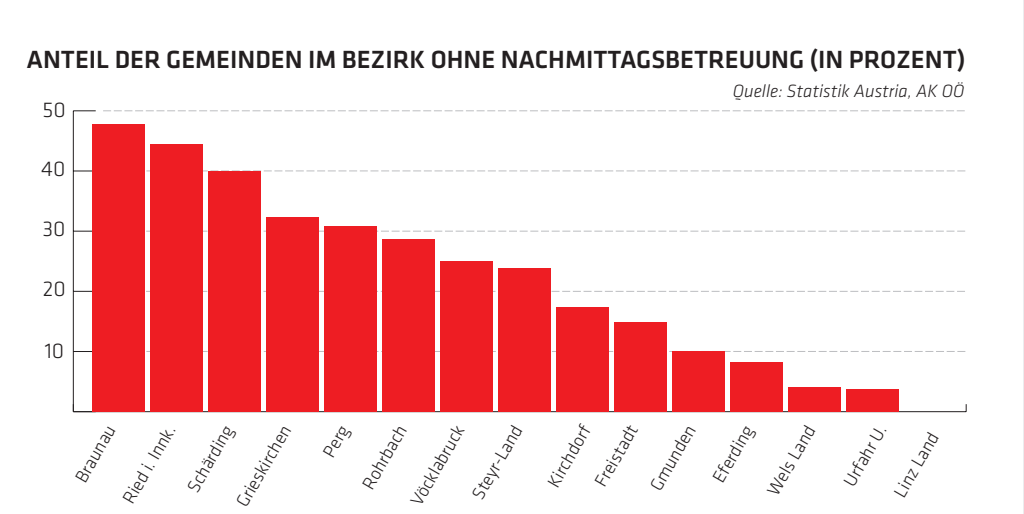
Die Situation in Oberrösterreich ist schlecht: 2015 gab es nur für 3,6 Prozent der unter 3-Jährigen einen Kindergartenplatz, der den VIF-Kriterien entspricht. Damit liegt Oberösterreich im Bundesländervergleich an letzter Stelle und meilenweit vom „Barcelona-Ziel“ (33 Prozent) entfernt. Dieses Ziel wurde von der EU festgelegt und sollte bis 2010 erreicht werden.

Bei den Drei- bis Sechsjährigen ist es nicht besser, Oberösterreich belegt mit 20,3 % den vorletzten Platz. Mehr als das Vierfache des momentanen Angebots wäre nötig, um das Barcelona-Ziel (90 % Prozent Abdeckung) zu erreichen.

Zu wenig Ganztagsbetreuung in Volksschulen



In Oberösterreich stehen nicht nur viel zu wenige Betreuungsplätze für Kinder vor dem Schulalter zur Verfügung, sondern auch in den Volksschulen mangelt es an Nachmittagsbetreuung. Beispielsweise bot 2014 im Bezirk Braunau fast die Hälfte der Gemeinden keine Nachmittagsbetreuung an. Die Statutarstädte Linz, Wels und Steyr sind in der Grafik nicht angeführt, sie stellen flächendeckende Nachmittagsbetreuung in vollem Ausmaß bereit.
Hinzu kommt, dass Oberösterreichs Kinderbetreuungseinrichtungen an überdurchschnittlich vielen Tagen im Jahr geschlossen sind. Bei den Horten, die öfter geschlossen haben als andere Kinderbetreuungseinrichtungen, sind es 32,8 Tage im Jahr. Ein flächendeckendes Nachmittagsbetreuungsangebot im Volksschulalter ist nicht nur für die Schulkinder wichtig, weil sie dort unter anderem Hilfe bei ihren Schulaufgaben bekommen. Es ist auch ein wichtiger Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Moment kommt das ganz besonders Frauen zugute, die einen Großteil der unbezahlten Arbeit im Haushalt übernehmen.

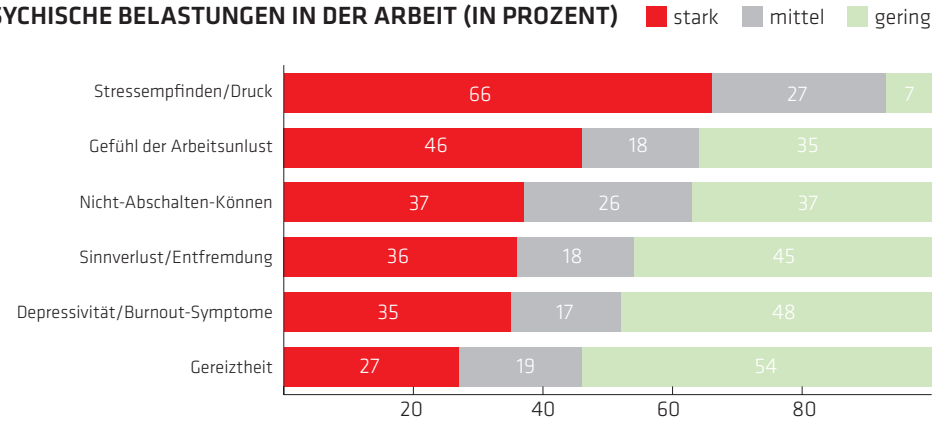


Gerade in den ländlichen Regionen gibt es zu wenig Angebot in der Nachmittagsbetreuung.

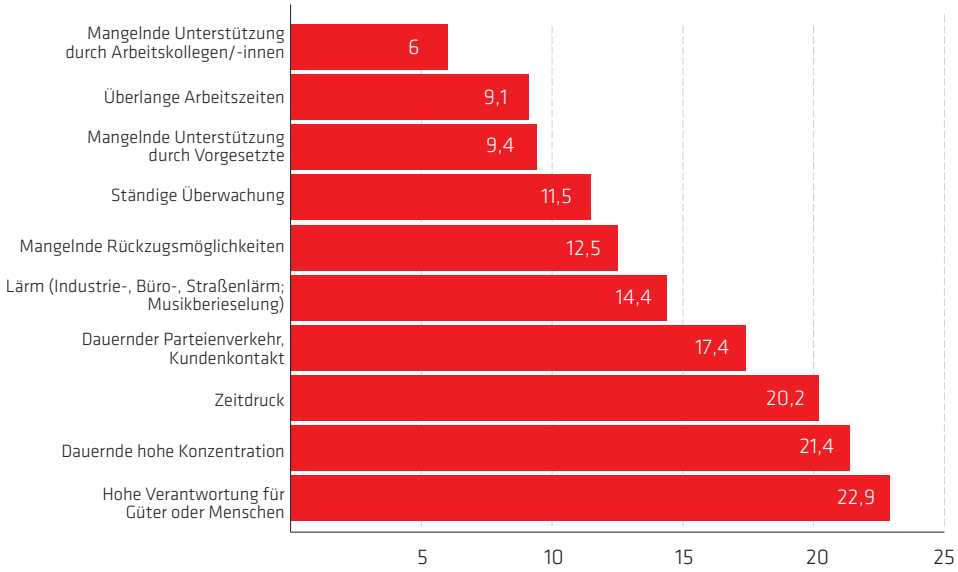
Arbeit, die krank macht!

Der massive Anstieg der Krankenstände aufgrund psychischer Erkrankungen, sowohl bei den Krankenstandsfällen als auch bei den Krankenstandstagen, ist die auffälligste Entwicklung im Krankenstandsgeschehen der vergangenen zehn Jahre. Im Jahr 2005 gab es in OÖ noch 266.738 Krankenstandstage wegen psychischer Ursachen, im Jahr 2015 waren es bereits 717.618 Tage, also mehr als das Doppelte. Der ständig steigende Leistungsdruck führt zu einer hohen Zahl psychisch belasteter ArbeitnehmerInnen. 29 Prozent aller Beschäftigten in Österreich sind davon betroffen. Die Evaluierung psychischer Belastungen am Arbeitsplatz und vor allem die verpflichtende Umsetzung der daraus folgenden Maßnahmen sind daher ein Gebot der Stunde. Betriebe, die bewusst die psychische Gesundheit der Beschäftigten gefährden, müssen in die Pflicht genommen werden.

PSYCHISCHE BELASTUNGEN IN DER ARBEIT (IN PROZENT)



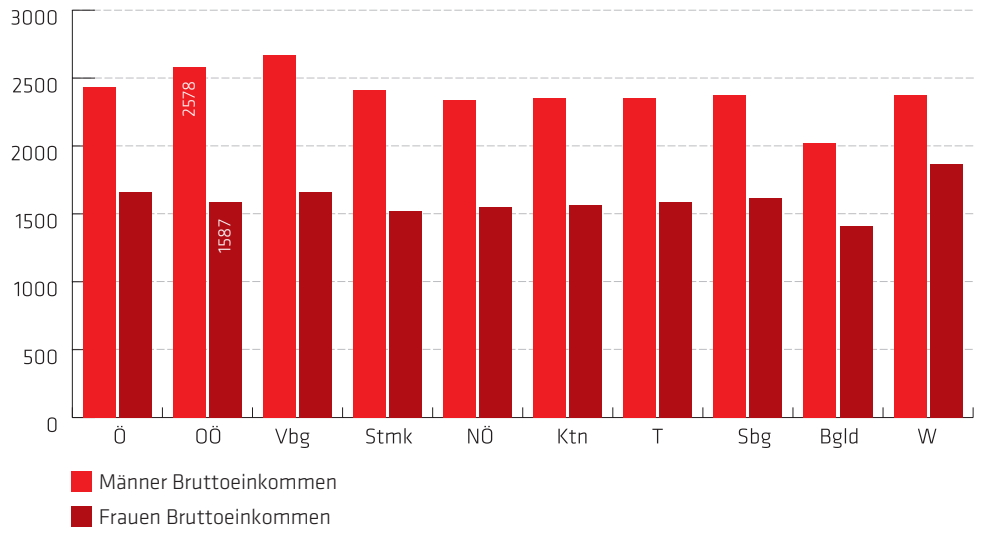
BELASTENDE ARBEITSBEDINGUNGEN (IN PROZENT)



Höchster Einkommens-unterschied in OÖ

Rund 1.590 Euro brutto im Monat verdiente eine Oberösterreicherin 2014. Das ist der Medianwert: Je die Hälfte verdient mehr oder weniger. Hier liegt Oberösterreich fast fünf Prozent unter dem bundesweiten Medianeinkommen von Frauen mit knapp 1.660 Euro. Der Unterschied zum mittleren Männereinkommen ist mit 38,4 Prozent der bundesweit höchste. Die durchschnittliche Lohndifferenz liegt in Österreich bei 31,9 Prozent.

EINKOMMENSUNTERSCHIEDE ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN



Selbst wenn nur Vollzeitbeschäftigte berücksichtigt werden, beträgt der Einkommensnachteil von Frauen knapp 27 Prozent, das ist nach Vorarlberg der zweithöchste Wert. Der österreichische Durchschnitt liegt bei 22,4 Prozent. Dieser Wert fällt niedriger aus als in der Gesamtbetrachtung (38,4 Prozent), weil mehr Frauen Teilzeit arbeiten und deswegen insgesamt weniger verdienen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Aber Oberösterreich hat die größten Lohnunterschiede.

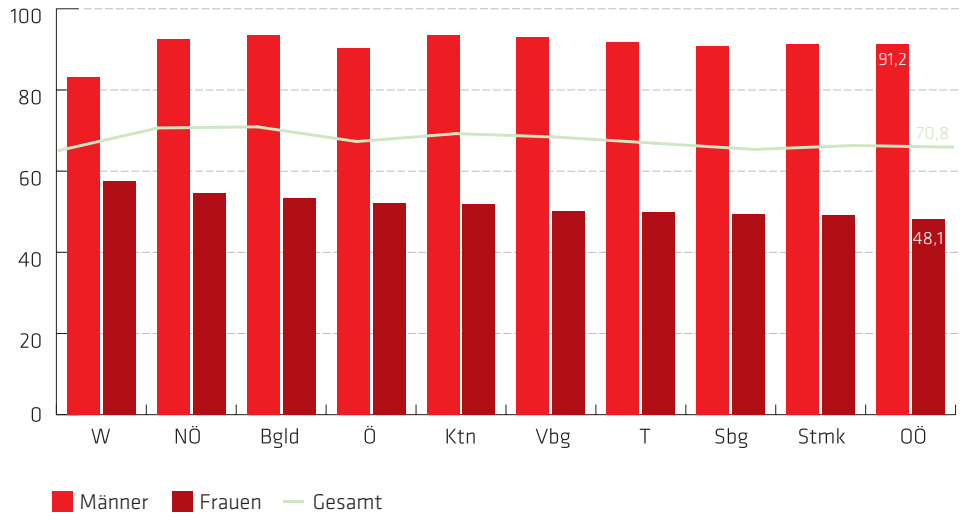
Niedrigste Vollzeitquote von Frauen in OÖ

In Oberösterreich arbeiten mit 48,1 Prozent weniger als die Hälfte aller unselbstständig beschäftigten Frauen Vollzeit. Dies ist der niedrigste Wert in ganz Österreich. Die Quote für Männer mit 91,2 Prozent liegt hingegen über dem Durchschnitt.

Seit dem Jahr 2005 ist jedoch die Teilzeitquote unter den Frauen in Oberösterreich um 32,1 Prozent gestiegen. Teilzeitverhältnisse gehen tendenziell mit geringer Entlohnung einher. Das erhöht nicht nur die wirtschaftliche Abhängigkeit von Frauen von anderen Personen, wie beispielsweise Ehegatten oder Partnern, sondern wirkt sich langfristig auch negativ auf die Pensionshöhe aus.

Gerade das mangelnde Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen und eine konservative Rollenverteilung im Alltag drängen Frauen in Teilzeitverhältnisse. Deshalb gilt es, die soziale Infrastruktur auszubauen, um Frauen eine Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen.

ANTEIL DER VOLLBESCHÄFTIGTEN AN ALLEN UNSELBSTSTÄNDIG BESCHÄFTIGTEN 2015 IN PROZENT



Nur die Hälfte der Frauen arbeitet Vollzeit. Das führt zu finanzieller Abhängigkeit und niedrigen Pensionen.

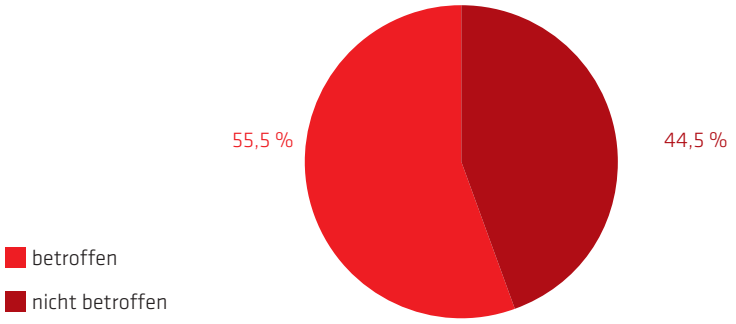
Nein zu Gewalt an Frauen!

Viele Frauen sind Betroffene von Gewalt auf Grund ihres Geschlechts. Es handelt sich um keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern um traurigen Alltag für jede dritte Frau in Europa. Die Auswertung der weltweit größten Studie zu diesem Thema hat ergeben, dass die Täter in allen gesellschaftlichen Bereichen zu finden sind. Gewalt gegen Frauen hat dabei viele Gesichter: Beschimpfungen, Bloßstellungen, Schläge, Drohungen, Vergewaltigungen, Isolation oder ständiges Beschatten. Die soziale Herkunft spielt bei Gewalt keine Rolle: Im EU-Schnitt sind mehr als 20 Prozent aller Frauen von körperlicher oder sexueller Gewalt durch ihren Partner betroffen. Jede dritte Befragte wurde vor ihrem 15. Lebensjahr körperlich oder sexuell misshandelt. Mehr als die Hälfte aller Frauen in der EU erlebten bereits eine Form von sexueller Belästigung durch männliche Kollegen, Vorgesetzte oder Verwandte.

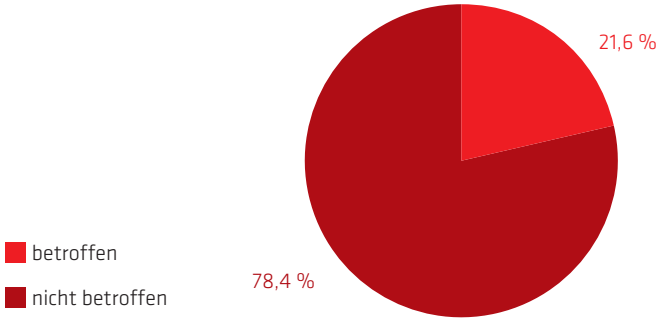
Was es daher braucht:

- finanzielle Mittel für Präventionsarbeit, Opferschutz, Strafverfolgung und Betreuungsangebote
- Aufbau eines konsistenten Rechtssystems mit dem Ziel des Opferschutzes
- Bewusstseinsbildung, schulische Erziehung sowie Aus- und Weiterbildung aller relevanten Berufsgruppen

SEXUELLE BELÄSTIGUNG AM ARBEITSPLATZ, IN DER SCHULE ETC.

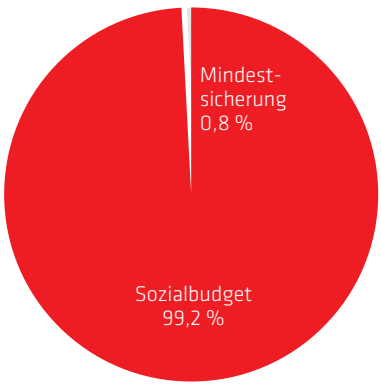


GEWALT DURCH DEN PARTNER IN EINER BEZIEHUNG:



Deckelung der Mindestsicherung

ANTEIL DER MINDESTSICHERUNG AM SOZIALBUDGET IN OÖ 2015



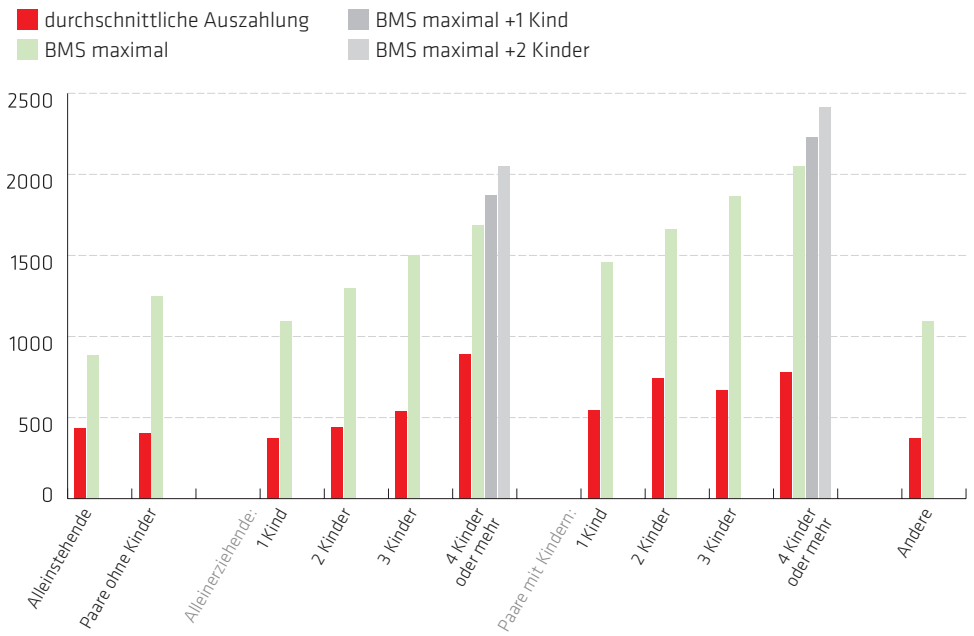
Die Deckelung der Mindestsicherung wird in Oberösterreich diskutiert. Dass diese Maßnahme nur aus finanziellen Gründen getroffen wurde, ist fraglich. Tatsächlich macht die Mindestsicherung nur 0,8 Prozent des Sozialbudgets aus.

Darüber hinaus kommt es häufig vor, dass MindestsicherungsbezieherInnen erwerbstätig sind oder andere Einkommen haben. Dann fällt nicht der volle Betrag an, sondern lediglich der Teil, der noch nicht durch andere Einkünfte gedeckt ist.

Obwohl es beispielsweise theoretisch möglich ist, Zahlungen von über 2.000 Euro zu bekommen, wurden im Durchschnitt 783 Euro ausgezahlt.

Die Mindestsicherung ist als letztes soziales Netz zu sehen und stärkt den sozialen Zusammenhalt und schützt vor Armut. Deckelungen und Kürzungen fördern eher Armut, Schwarzarbeit und Kriminalität anstatt Leistungsbereitschaft.

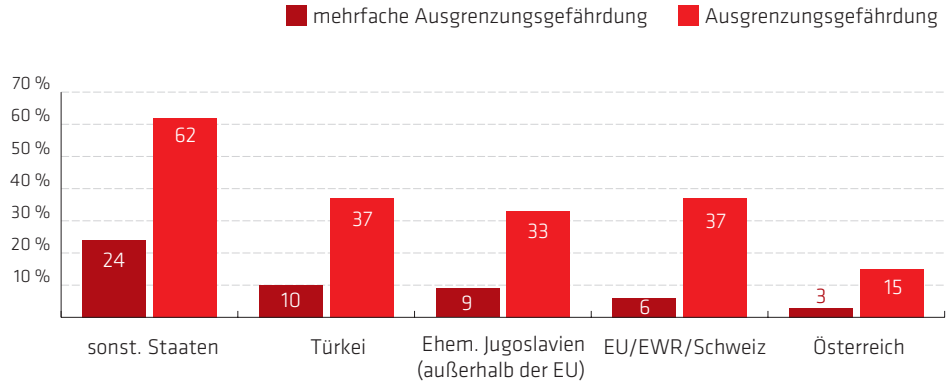
MAXIMALE BMS LEISTUNGSHÖHE UND TATSÄCHLICHE ZAHLUNG 2014



Mindestsicherung, Armutsgefährdung und Integration

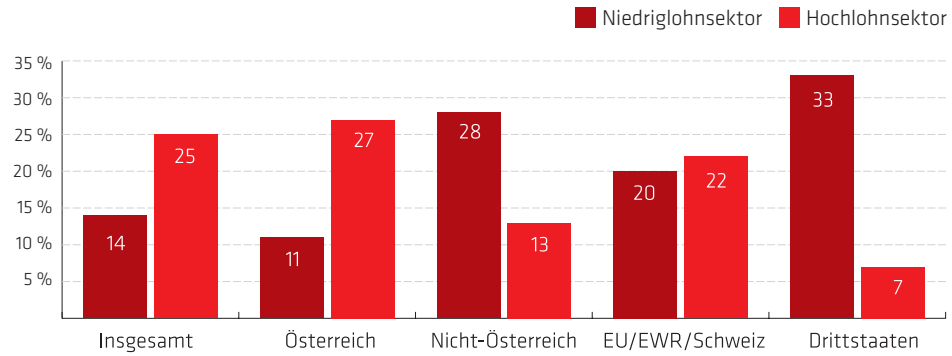
Im Sommer 2016 wurde in Oberösterreich die Mindestsicherung für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte gekürzt. Hier wird gerade bei den Menschen gespart, die ohnehin schon stark von Armut und Ausgrenzung gefährdet sind. Denn die Mindestsicherung ist das letzte soziale Netz für Menschen, die keine Arbeit haben oder nicht genug verdienen, um einen annehmbaren Lebensstandard zu sichern. Haushalte mit Migrationshintergrund sind mehr als viermal stärker armutsgefährdet als österreichische.

(MEHRFACHE) ARMUTS- UND AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG



Bei der mehrfachen Ausgrenzung ist es sogar das achtfache Risiko. Mehrfache Ausgrenzung heißt, dass mindestens zwei von den drei Merkmalen Armutsgefährdung, materielle Deprivation (können sich Betroffene alltägliche Dinge leisten?) oder sehr geringe Erwerbsarbeitsbeteiligung zutreffen. Der Grund für die stärkere Gefährdung liegt vor allem an der Diskriminierung am Arbeitsmarkt. Menschen, die nicht aus Österreich, der EU, Schweiz oder dem EWR kommen, sind zu 33 Prozent im Niedriglohnbereich angestellt. In Österreich geborene Erwerbstätige arbeiten nur zu 14 Prozent im Niedriglohnsektor.

ANTEIL AM NIEDRIG- UND HOCHLOHNSEKTOR 2012-2014



Die Kürzung der Mindestsicherung drängt viele an den Rand der Gesellschaft und schwächt den Zusammenhalt.

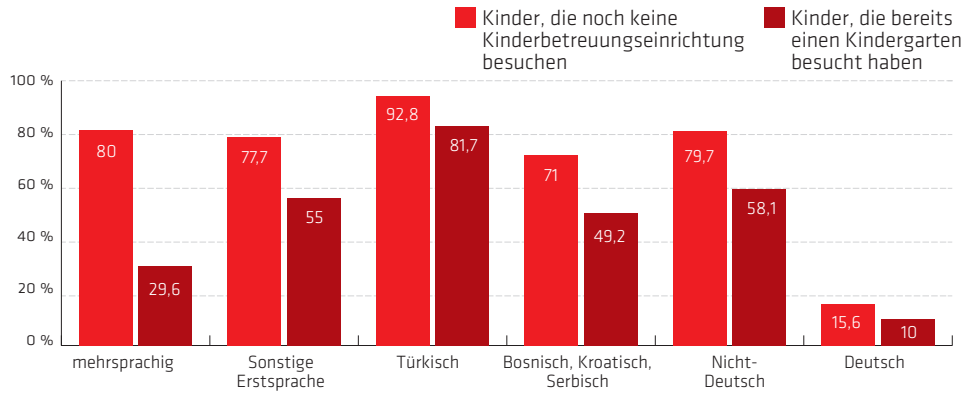
Integration braucht gerechte Bildung

Kindergärten sind ein Integrationsmotor. Neben den sozialen Kontakten wird auch die Sprachkenntnis gefördert. Bei Kindern die mehrsprachig aufwachsen, reduziert sich der sprachliche Förderbedarf mit dem Besuch des Kindergartens um die Hälfte. Gerade deshalb ist das zweite verpflichtende Kindergartenjahr so wichtig. Auch SchülerInnen mit Migrationshintergrund haben weniger Chancen. Oft werden Kinder wegen mangelnden Sprachkenntnissen in Sonderschulen abgeschoben oder können keine maturaführende Schule besuchen. Beispielsweise ist der Anteil der SchülerInnen mit türkischem Migrationshintergrund in Sonderschulen (3,8 Prozent) fast achtmal so hoch, der Anteil in Polytechnischen Schulen sogar der zweiundzwanzigfache (11,2 Prozent), wie im AHS Bereich (0,5 Prozent).

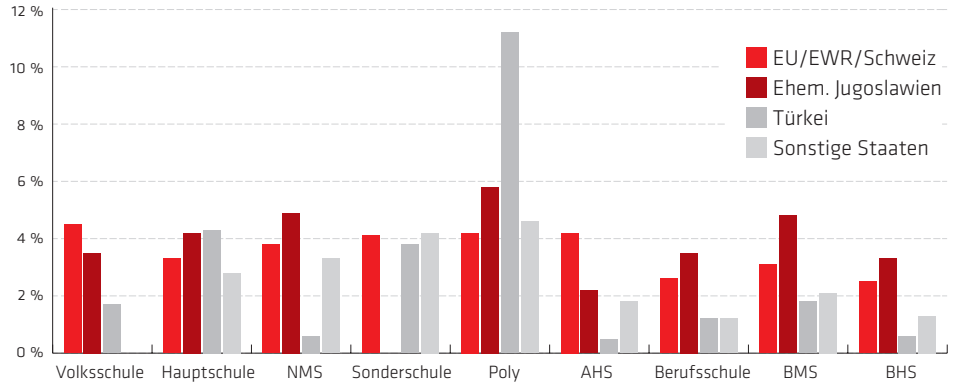
Durch gute Bildung können Benachteiligungen verhindert werden, wenn frühzeitig und kostengünstig Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung stehen, die Kindern beim Lernen der Sprache helfen. Auch Ganztagsschulen mit verschränktem Unterricht tragen zu mehr Gerechtigkeit und besserer Integration bei.

Das zweite verpflichtende Kindergartenjahr ist ein wichtiger Integrationsmotor.

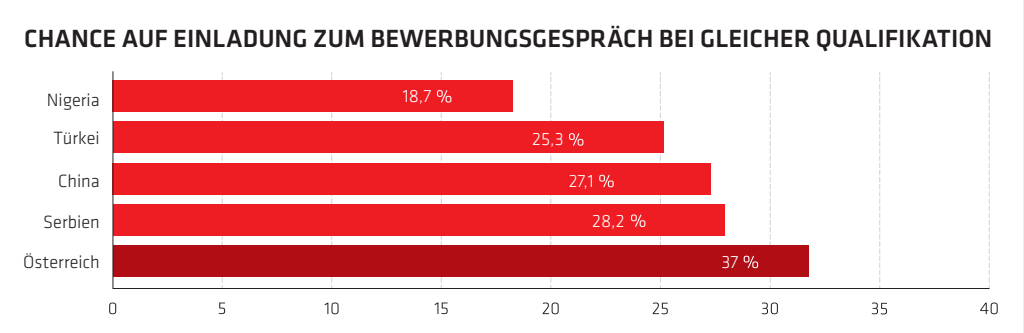
KINDER MIT FÖRDERBEDARF IM SPRACHLICHEN BEREICH



SCHÜLER/-INNEN NACH SCHULTYP UND STAATSANGEHÖRIGKEIT

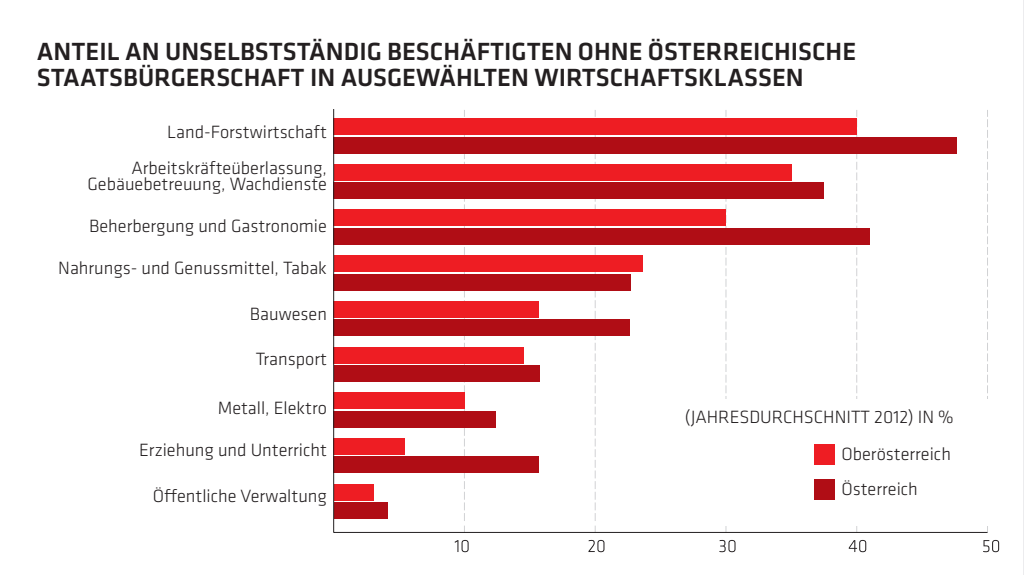


Arbeitsmarkt als Schlüssel zur Integration



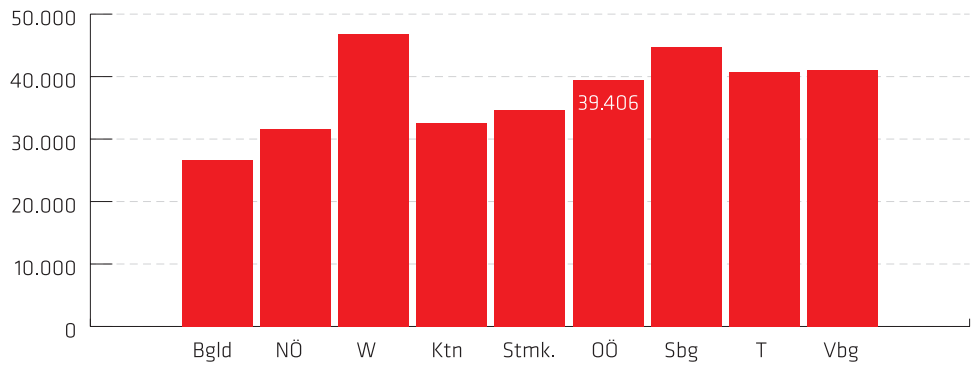
Ein Arbeitsplatz ist wesentlich für die Integration von MigrantInnen. Sie sind am österreichischen Arbeitsmarkt aber mit besonderen Hindernissen konfrontiert. Studien zeigen, dass bei einer Bewerbung auf die gleiche Stelle eine Person aus Österreich in 37 Prozent der Fälle zu einem Gespräch eingeladen wird, während eine gleichqualifizierte Person aus Nigeria in weniger als 20 Prozent eingeladen wird. Außerdem arbeiten Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in schlecht bezahlten Berufen mit schlechten Arbeitsbedingungen und hoher Arbeitsplatzunsicherheit. Zum Beispiel haben in der Land- und Forstwirtschaft mehr als ein Drittel der unselbstständig Beschäftigten keine österreichische Staatsbürgerschaft. Hingegen ist ihr Anteil in der öffentlichen Verwaltung nur bei einem knappen Vierzigstel.

Gerade der öffentliche Sektor wäre ein gutes Vorbild bei der Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund bei gleicher Qualifikation. Es geht darum Diskriminierungen zu thematisieren und mit gutem Beispiel voranzugehen. Grundsätzlich braucht es bei einer dauerhaften Aufenthaltsberechtigung einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und es gilt die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen zu verbessern.



Regionale Wertschöpfung

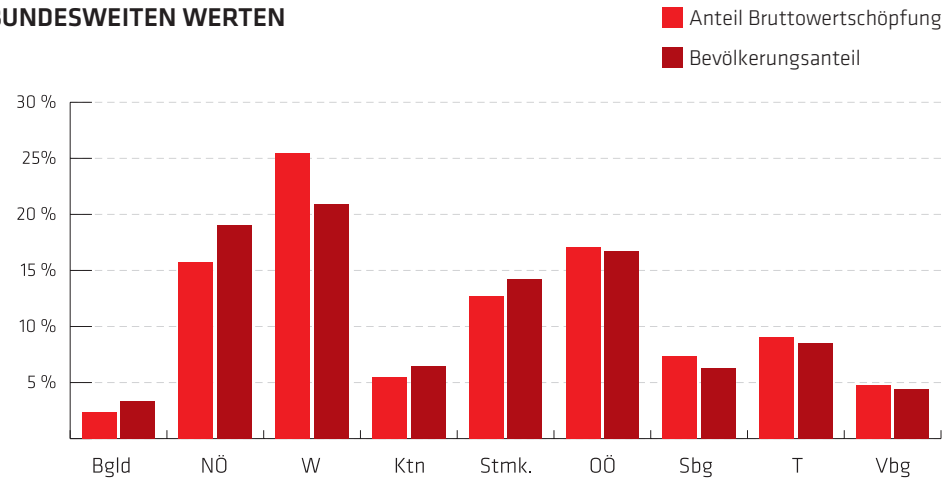
BRUTTOREGIONALPRODUKT PRO KOPF IN EURO



Obwohl Oberösterreich den zweithöchsten Anteil am bundesweiten Bruttoinlandsprodukt erzeugt (17,1 % oder 51.767,5 Mio. Euro), was etwa dem Bevölkerungsanteil entspricht, liegt das Bruttoregionalprodukt pro Kopf nur an fünfter Stelle. Dieses Ranking ist stabil und gilt auch für die Vorjahre.
Der Unterschied zwischen Bruttowertschöpfung und Bruttoregionalprodukt besteht darin, dass in der Bruttowertschöpfung weder Gütersteuern (wirken erhöhend, bspw. Zölle) noch Gütersubventionen (wirken senkend, bspw. EU-Subventionen) enthalten sind. Es müssen daher entweder die Steuern höher sein oder die Subventionen niedriger oder beides.

Bei der nominellen jährlichen Wachstumsrate des Bruttoregionalproduktes pro Kopf liegt Oberösterreich 2015 mit 2,7 Prozent knapp unter dem Österreichschnitt (3 Prozent) und im Bundesländervergleich nur an fünfter Stelle.

REGIONALE WERTSCHÖPFUNG, ANTEILE AN BUNDESWEITEN WERTEN



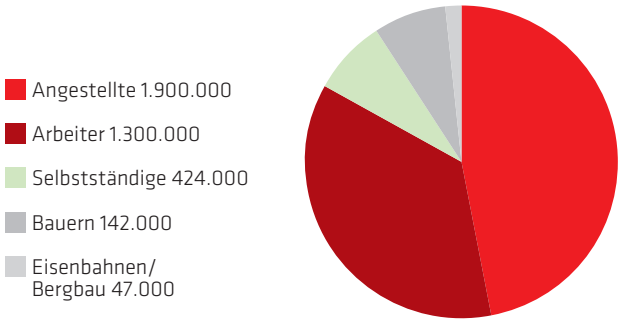
Entgegen neoliberaler Mythen: Pensionssystem funktioniert.

Immer wieder kommt das heimische Pensionsmodell unter Druck: Seit der Einführung des Umlageverfahrens versuchen neoliberale Parteien und Gruppen gegen die Interessen der Allgemeinheit die private Pensionsvorsorge durchzusetzen. Schon in den 50er Jahren hieß es: das Pensionsystem steckt kurz vor dem Zusammenbruch. Der ist bis heute nicht eingetreten.

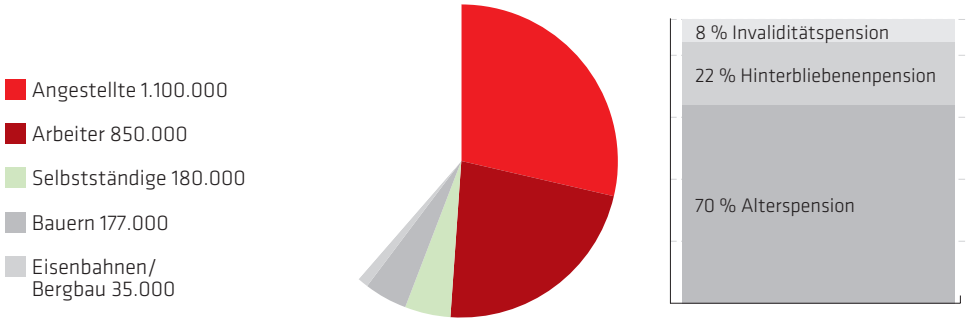
Zentral für den Erhalt unseres Pensionssystems ist es, genügend Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren – daher sind vor allem Maßnahmen relevant die Arbeitsplätze sowie gute Löhne schaffen und nicht das generelle kürzen oder privatisieren von Pensionen mit dem Risiko der Altersarmut.

Fakt ist, dass bei Einführung der privaten Zusatzpension noch Renditen um 7 % angekündigt wurden, in der Realität sind es 0,1 Prozent oder sogar negative Werte sind – dem „freien Markt“ sei Dank. In den letzten beiden Jahren konnten sogar die Zuschüsse durch den Bund gesenkt werden, um jährlich mehr als 230 Millionen Euro. Hinzu kommt ein deutlicher Anstieg des Pensionsantrittsalters in der Zeit von 2010 bis 2016: Bei Männern von 58,1 auf 60,2 und für Frauen von 57,1 auf 59,1 Jahre. Es zeigt sich also, unser Pensionssystem ist nach wie vor auf einem guten Weg.

RUND 3,8 MILLIONEN MENSCHEN ZAHLEN IN DIE PENSIONSVERSICHERUNG EIN:



AN RUND 2,3 MILLIONEN PENSIONISTINNEN WIRD AUSBEZAHLT:

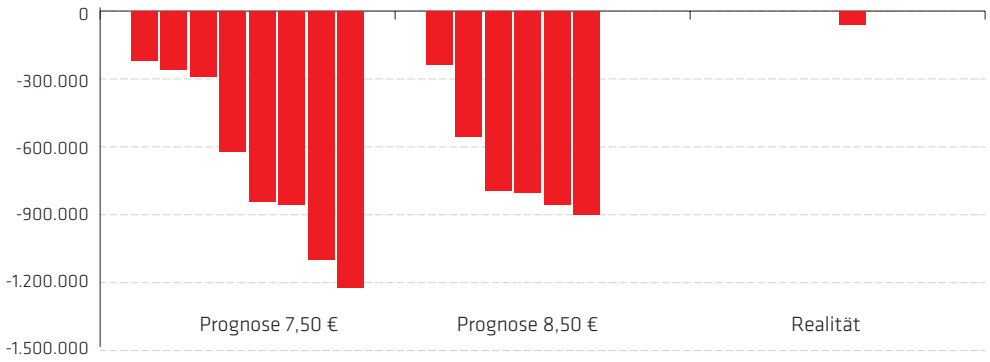


Die längst fällige Lohnerhöhung im Niedriglohnsektor

Nach den letzten Erhebungen zu Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC 2008-15) waren im Jahr 2015 in Österreich insgesamt 297.000, also acht Prozent der Erwerbstätigen, armutsgefährdet. Für sie bedeutet das, dass sie trotz Lohnarbeit an vielen gesellschaftlichen Aktivitäten nicht teilhaben können.

Erwerbsarmut könnte durch verpflichtende flächendeckende Lohnuntergrenzen in der Höhe von 60 Prozent des Medianeinkommens eingegrenzt werden. In Österreich entspräche das in etwa 1.700 Euro pro Monat. Das bringt positive Konjunktureffekte sowie eine Steigerung der Produktqualität. Die positiven Effekte flächendeckender Mindestlöhne können verstärkt werden, wenn sie auf europäische Ebene umgesetzt werden.

BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE: PROGNOSE VS. REALITÄT



Die Balken zeigen die unterschiedlichen Prognosen in Deutschland aus verschiedenen Studien über die vermeintlichen Auswirkungen eines Mindestlohnes in der Höhe von 7,5 € und 8,5 €. Sie wurden vor der Einführung des Mindeslohnes erstellt. Es zeigt sich: die Vorhersagen auf Basis neoklassischer Modelle sind falsch. Die Realität zeigt, dass die Beschäftigung kaum bis gar nicht zurückgegangen ist.

Mindestlöhne sind der beste Schutz gegen Erwerbsarmut. 1.700 Euro im Monat hieße das für Österreich.

Übrigens: entgegen neoliberaler Panikmache sorgt der Mindestlohn für mehr und nicht weniger Jobs. Das Beispiel Deutschland zeigt, warum ein Mindestlohn Sinn macht. Alleine im ersten Jahr der Einführung wurden 110.000 Minijobs zu Vollzeitjobs umgewandelt. Das ist vor allem auch eine wichtige frauenpolitische Maßnahme.

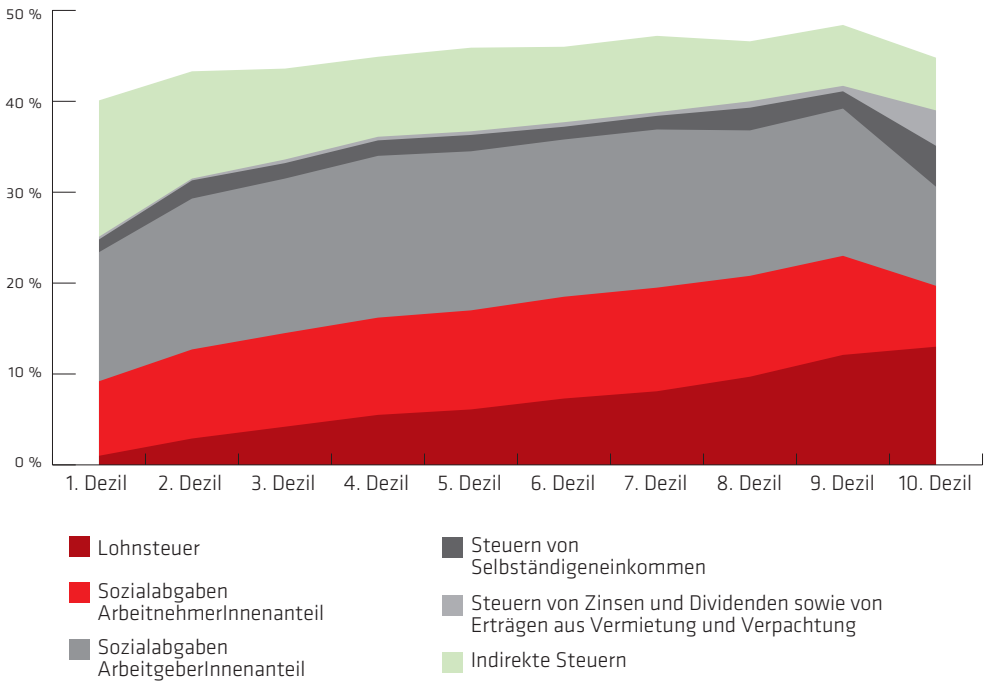
Wer finanziert den Sozialstaat?

Es gibt unterschiedliche Arten von Steuern und Abgaben durch die öffentliche Leistungen finanziert werden. Um zu bestimmen, wer wie viel zum öffentlichen Haushalt beiträgt, müssen die Steuerarten getrennt voneinander betrachtet werden.

Steuern auf Lohn und Einkommen machen ca. 20 Prozent der gesamten Abgaben aus und werden nach einem progressiven Schema eingehoben: Wer mehr verdient, zahlt auch prozentuell gesehen höhere Steuern. Die Sozialversicherungsbeiträge machen mit rund einem Drittel den größten Teil der Staatseinnahmen aus. Sie sind proportional zum Einkommen zu bezahlen. Einen weiteren beträchtlichen Teil seiner Einnahmen lukriert der Staat aus Konsumsteuern. Den größten Teil mit rund 20 Prozent macht die Umsatzsteuer aus, die beim Kauf jeglicher Waren oder Dienstleistungen anfällt.

Zusammengefasst zeigt sich folgendes Bild: Die Progression der Lohn- und Einkommenssteuer wird durch Sozialversicherungsbeiträge und indirekte Steuern aufgehoben. Bezieht man die nicht vorhandene Besteuerung auf Erbschaften und die niedrige Besteuerung aus Kapitalerträgen mit ein, tragen Reiche deutlich weniger als NormalverdienerInnen zum Wohle der Allgemeinheit bei.

WER TRÄGT WIEVIEL DES EINKOMMENS ZUM GEMEINWOHL BEI?



Warum eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ungerecht wäre, zeigt die Grafik deutlich.

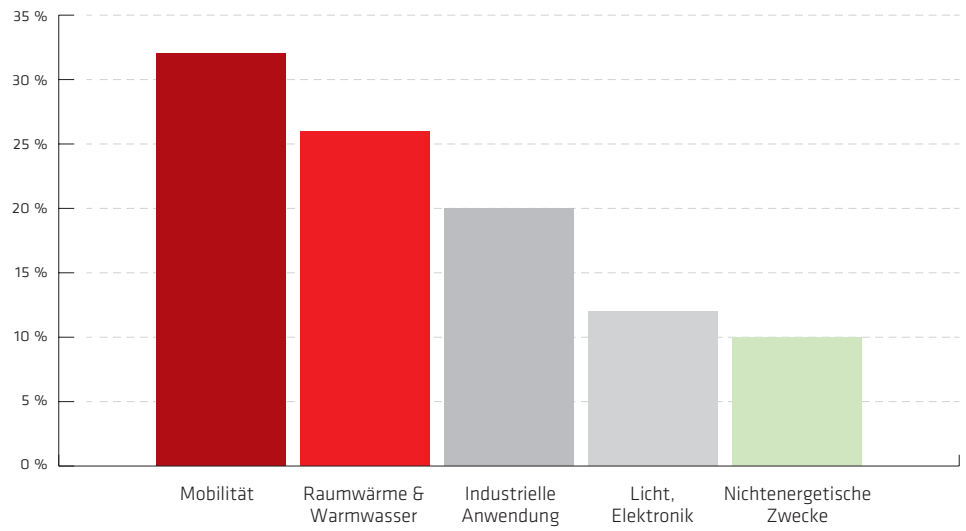
Energie braucht Strategie

195 Staaten haben sich beim Pariser Abkommen 2015 geeinigt: Die Erderwärmung soll nicht mehr als 2°C über das Niveau vor der Industrialisierung steigen. Beim aktuellen Trend ist diese Grenze in 20 Jahren überschritten. Deshalb sind immense politische und ökonomische Veränderungen notwendig, die weit über die aktuell diskutierten Vorschläge und Strategien hinausgehen müssen. Die effiziente Verwendung von Energie ist dafür ein Schlüssel.

Will man eine längerfristige Sicherstellung der Energieversorgung erreichen und unseren Planeten erhalten, so muss man sich mit der Verteilung des Energieeinsatzes in Österreich beschäftigen. Auch im österreichischen politischen Geschehen gibt es Versuche, Umweltpolitik mit den Alltagsbedürfnissen der Menschen zusammenzubringen.

In seinem Plan A schlägt Bundeskanzler Kern vor, mit einer Umstellung auf erneuerbare Energien die Konjunktur zu beleben und 45.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Auch die Strompreise sollen dadurch leistbarer werden.

WOFÜR VERBRAUCHEN WIR ENERGIE?



Übersicht bewahren:

In Zeiten, in denen in immer kürzerer Zeit immer mehr Information zur Verfügung steht, ist es oft nicht leicht den Überblick zu bewahren. Hier sind ein paar Quellen, mit denen Mythen entkräftet und Argumente gestärkt werden können:

www.jbi.or.at/perspektiven
Die Perspektiven liefern in regelmäßigen Abständen Antworten auf brennende Fragestellungen, Hintergrundinformationen zu aktuellen Themen und Anstöße für politisch-inhaltliche Diskussionen.

www.kontrast-blog.at
Kontrastblog begleitet mit seinen Beiträgen die aktuelle Politik. Der Fokus liegt vor allem auf gesellschaftlichen und sozioökonomischen Themen.

blog.arbeit-wirtschaft.at
leuchtet Hintergründe aus und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch dagegen. Dabei beziehen wir klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen.

www.kurswechsel.at
Kurswechsel ist die Zeitschrift des Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM) und bietet immer spannenden Lesestoff.

www.verteilung.at
Die Verteilung von Einkommen, Vermögen, Steuerleistungen und Erben im Überblick.

www.reichtumsmythen.at
Die gängigsten Mythen werden entkräftet und gleichzeitig Strategien gegen die Vermögenskonzentration vorgestellt.

www.kobuk.at
Kobuk ist ein Medienwatchblog, der Falschmeldungen aufdeckt.

Oberösterreich in Zahlen

Fläche: 11.979,91 km²
davon knapp 42 % bewaldet

Bezirke: 15
3 Statutarstädte

Ausbildung:
- 30 % Pflichtschulabschluss
- 49 % Lehre oder berufsbildende mittlere Schule
- 12 % Matura
- 10 % Hochschule

Gemeinden: 442
davon 32 Städte
und 151 Marktgemeinden

EinwohnerInnen 2015: 1.453.948
davon 89 % mit österreichischer Staatsbürgerschaft

Milchkuhbestand 2013: 167.688
(31,7 % des Gesamtbestandes in Österreich)

Durchschnittsalkoholkonsum in Gramm pro Tag 2008:
29 g
(Platz 4 in Österreich)

Anzahl der Kraftfahrzeuge 2015: 1.242.537
(Anzahl pro 1.000 EinwohnerInnen Platz 3 in Österreich)

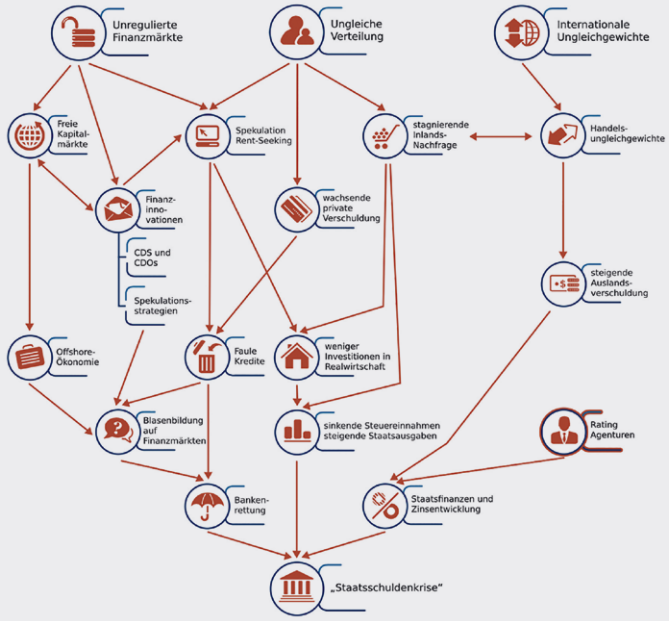
Touristische Nächtigungen im Jahr 2015:
7.183.257

Anteil von motorisiertem Individualverkehr an gesamten Verkehrswegen (2012):
67,6 %

KENNST DU RONJA?

Ronja ist wie du. Sie wird ihr ganzes Leben hindurch weniger Chancen und Möglichkeiten haben, weil sie eine Frau ist. Glaubst du nicht? Dann sieh dir Ronjas Lebenslauf an.

www.ronja-verdient-mehr.at



Eine interaktive Grafik zur Veranschaulichung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

www.diekriseverstehen.net

Reiche schaffen Arbeitsplätze.

Stimmt nicht. Reichtum in der Hand von wenigen gefährdet sie sogar. Mehr Infos: **www.reichtumsmythen.at**

Die interaktive Seite zum Buch. Alle Mythen und ihre Widerlegung.

www.reichtumsmythen.at

Wie sind die Bildungschancen in Österreich verteilt?

ZEIG MIR DEINE ELTERN UND ICH SAG DIR DEINE BILDUNG

www.gerechtebildung.jetzt

www.jbi.or.at

fb jahodabauerinstitut
tw jahodabauer
t 05/772611-31, **m** office@jbi.or.at
Landstraße 36/2, 4020 Linz